

Initiative telefonierte mit Sigmar Gabriel

OZ-SERIE Um aus Sanierungsgebiet herauszukommen, suchten Oststadt-Anwohner Hilfe in Hannover

In Leer hat sich im Laufe der vergangenen Jahre vieles verändert. So manches war lange Zeit Gesprächsstoff – und ist es zum Teil bis heute. „Weest Du noch?“, fragen wir deshalb in dieser Serie. Heute geht es um das Programm Soziale Stadt.

VON LENA MIMKES

LEER - Im Frühjahr 2001 wurde Leer in das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ aufgenommen. Profitieren sollte von den von Bund und Land geförderten baulichen und sozialen Maßnahmen die Oststadt. Innerhalb von zehn Jahren sollten mehr als 20 Millionen Euro investiert werden. Bei den Anwohnern kam allerdings schon das Wort „sozial“ nicht gut an. „Menschen, die dort leben, wollen nicht als Kellerkinder abgestempelt werden“, schrieb die OZ im April 2001.

Auch Privathauseigentümer konnten Fördergeld für eine Sanierung beantragen. Zur Eröffnung des Sanierungsbüros im Februar 2002, das als Anlaufstelle für die Anwohner dienen sollte, kamen einige aufgebraute Bürger. Sie protestierten vor Ort gegen einen Sanierungsvermerk in ihrem Grundbuch. Sie fürchteten, nach der Sanierung Ausgleichsbe-



SERIE

Weest Du noch?



Nachdem der Bauausschuss nicht auf die Hauseigentümer einging, gründete sich eine Bürgerinitiative. MONTAGE: MALCHUS

träge zahlen zu müssen. Die konnten sogar fällig werden, wenn gar nichts am Haus gemacht wurde – durch eine Steigerung des Grundstückswerts. Der damalige Bürgermeister Wolfgang Kellner gestand laut OZ-Bericht ein, dass die Verwaltung einen Fehler gemacht habe. Die Anwohner hätten vorher unterrichtet werden müssen.

Die aufgeheizte Stimmung zog sich durch Versammlungen und Sitzungen zum Projekt. Für die Forderung, aus dem Programm aussteigen zu können, sammelten einige Eigentümer fast 300 Unterschriften, berichtete die OZ im Oktober 2002. „Wir wollen das Projekt Soziale Stadt

nicht kippen“, betonten die Initiatoren, heißt es weiter in dem Bericht. Sie wollten nur nicht deswegen zur Kasse gebeten werden.

Um ihrem Anliegen Ausdruck zu verleihen, marschierten im November 2002 150 Eigentümer in einem Protestzug durch die Stadt zu einer Sitzung des Bauausschusses. Doch es nützte nichts, ihr Begehren wurde abgelehnt. „Piffe und Buhrufe begleiteten die Sitzung“, schrieb die OZ damals. Wenige Tage später gründete sich aus der Interessensgemeinschaft eine Bürgerinitiative. Dadurch erhofften sich die Anwohner, ernster genommen zu werden, sagte Ger-

hard Leuschner aus dem Vorstand damals der OZ. Rund 300 Personen trugen sich in die Anwesenheitsliste ein.

Während der Bauverein hohe Ausgleichsbeträge als Panikmache ansah, telefonierte Bernd Meyer von der Bürgerinitiative mit dem damaligen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel (SPD). „Gabriel verwies auf die Wertsteigerung der einzelnen Häuser. Damit kam er bei Meyer jedoch nicht durch“, schrieb die OZ. Gabriel sagte zu, mit dem zuständigen Innenminister zu reden.

Im Dezember 2002 lenkte der Stadtrat ein und ließ alle Möglichkeiten für die Anwohner prüfen. Ein Jahr spä-

ter gab es ein Angebot: Die Ausgleichsbeträge sollten auf 1,60 beziehungsweise 2,32 Euro pro Quadratmeter begrenzt werden, nach dem Bezahlen sollte der Sanierungsvermerk im Grundbuch gelöscht werden. Die Mitglieder nahmen das Angebot mit Mehrheit an. „Ein guter Skatspieler muss wissen, wann er aufhören muss zu reizen“, zitierte die OZ Bernd Meyer.

Zu den Investitionen in der Oststadt gehörten der Bau des Nachbarschaftstreffs und des Bürgerzentrums Ledatreff. Rund 140 Bürger bekamen Zuschüsse für ihre Häuser. Außerdem wurden zahlreiche Spielplätze und Straßen saniert.